

Anfrage	Datum	Nummer
Öffentlich	6. Mai 09	949/09
Absender DIE LINKE. Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Adressat Oberbürgermeister Dr. Hoffmann Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Gremium	Sitzungstermin	
Rat	20. Mai 09	
Betreff PPP ist – auch – mittelstandsfeindlich		

Am 23.9.2008 haben CDU, SPD und FDP die Ausschreibung eines PPP-Modells mit zwei Losen auf Basis des Berichtes der Berliner Beratungsdienste beschlossen. In dem Bericht heißt es u.a.: „Zur Berücksichtigung mittelständischer Interessen wurden 2 Schulen von den segmentierten Schulen ausgewählt, deren Investitionsvolumen nach Rücksprache mit Vertretern der Kreishandwerkerschaft der Leistungsfähigkeit des örtlichen/regionalen Mittelstands entspricht und die in einem separaten Los ausgeschrieben werden sollen (sog. Handwerkerlos).“ Bei den ausgewählten Schulen handelt es sich um die GS Waggum und Ilmenaustraße. Die Sanierungskosten dieser beiden Schulen betragen laut BBD-Bericht 4.334.724 Euro.

In der Ursprungsvorlage Konjunkturpaket II zur Ratssitzung am 17.2.2009 wurde dann ein weiteres „Handwerker-Los“ vorgeschlagen. Es hieß dort: „Die örtliche Handwerkerschaft soll an den zusätzlichen Investitionen in der Kommune teilhaben. Deshalb sollen durch ein sog. „Handwerkerlos“ als PPP-Projekt weitere kleinere Sanierungen (Grundschule Gartenstadt, Kitas Lehdorf, Leibnizplatz und Lindbergsiedlung) im Gesamtumfang von 4,485 Mio. € vorgezogen und mit einem Anteil von 1 Mio. € aus dem Investitionsbudget „Pauschale Fördermittel“ (Bildung) finanziert werden. Diese Objekte sind für Handwerker besonders geeignet, weil es sich um kleinere Baumaßnahmen handelt, die leichter durch mittelständische Betriebe abgewickelt werden können. Ein zusätzlicher Vorteil für die Handwerkerschaft ist dabei, dass mit dem Betrag von 1 Mio. € aus dem Konjunkturpaket II fast ein Viertel des Gesamtumfanges abgedeckt wird. Dies erleichtert für die Handwerker die Finanzierung der verbleibenden Investitionssumme.“

Dies wurde in einer Ergänzungsvorlage dann aber bereits relativiert. Dort erwähnt die Verwaltung: „Es wurde vorgeschlagen, geeignete Investitionen für ein sogenanntes Handwerkerlos in einem PPP-Projekt zu bündeln. Zwischenzeitlich wurde auf Wunsch der Kreishandwerkerschaft ein Gespräch über die Umsetzbarkeit des Projektes geführt, insbesondere vor dem Hintergrund wie die Auftragserteilung an die örtlichen Handwerker gesichert werden kann. Eine abschließende Lösung konnte noch nicht erarbeitet werden.“

Schließlich verschickte die Verwaltung mit Datum vom 11.3.2009 eine Mitteilung, in der es hieß: „Am 9. März 2009 fand ein Gespräch mit Vertretern der Kreishandwerkerschaft Braunschweig statt, um abzustimmen, in welcher Weise Handwerksbetriebe der Stadt und der Region Braunschweig an der Realisierung von städtischen Investitionsvorhaben, insbesondere des Konjunkturprogramms II, beteiligt werden können. Hierbei machte die Kreishandwerkerschaft deutlich, dass sie sich derzeit nicht in der Lage sehe, das ursprünglich vorgesehene „Handwerkerlos“ zur Sanierung von Schulen und

Kindertagesstätten als Teil des PPP-Projektes im Rahmen des engen Zeitfensters des Konjunkturprogrammes zu organisieren. Gründe hierfür sind in der aktuellen Finanzmarktkrise sowie der notwendigen Übernahme der Bewirtschaftungskosten durch die Handwerksbetriebe zu sehen“

Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung gefragt:

1. Ist das regionale Handwerk in der Lage, die GS Waggum und Ilmenaustraße zu sanieren und über einen längeren Zeitraum – 25 Jahre – zu betreiben?
2. Welche Aussagen trifft der externe Berater zur Umsetzbarkeit eines „Handwerker-PPP“?
3. Warum hat die Verwaltung ein „Handwerker-PPP“ zum Konjunkturprogramm vorgeschlagen und erst im Anschluss die Durchführbarkeit des Vorschlages überprüft?

Udo Sommerfeld
Fraktionsvorsitzender